



Mag. Gerhard Karner  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Walter Rosenkranz  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.909.083

Wien, am 17. Jänner 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde haben am 19. November 2024 unter der Nr. **73/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Visa Vergabe an Mitglieder der iranischen Elite“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- *Nach welchen Kriterien und rechtlichen Rahmenbedingungen werden Schengen-Visa durch das österreichische Konsulat in Teheran erteilt, für die es gemäß § 7 FPG 2005 die Zustimmung des Bundesministers für Inneres braucht?*
  - a. *Welche Sicherheitsüberprüfungen und Sanktionskontrollen werden bei der Erteilung von Schengen-Visa durchgeführt?*
  - b. *Werden vor der Visa-Vergabe Informationen von österreichischen Sicherheitsbehörden, dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) oder der EU angefordert?*
    - i. *Wenn nein, warum nicht?*

Aufgrund der unionsrechtlichen Rahmenbedingungen sind bei der Erteilung von Schengenvisa in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union dieselben rechtlichen Grundlagen zu beachten (Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments

und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex)). Für die Erteilung von Visa mit räumlich beschränkter Gültigkeit gemäß Art. 25 Abs. 1 lit. a) Visakodex, die nur für das Hoheitsgebiet des ausstellenden Mitgliedstaats gültig sind, ist die Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres gemäß § 7 Fremdenpolizeigesetz 2005 (FPG) einzuholen. Bei Schengenvisa ist eine Zustimmung des Bundesministeriums für Inneres grundsätzlich nicht erforderlich.

Zur Überprüfung der Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit hat die Vertretungsbehörde vor der Visumerteilung immer die einschlägigen Applikationen abzufragen und, soweit vorgesehen, das Bundesministerium für Inneres, die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst und andere Schengenstaaten zu konsultieren. Aufgrund erhöhter Sicherheitserfordernisse wurde für bestimmte Staatsangehörige eine absolute Rückfragepflicht beim Bundesministerium für Inneres für die Erteilung von Visa (alle Kategorien) angeordnet. Darüber hinaus sind derzeit sowohl Reisebeschränkungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als auch der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Kraft.

**Zu den Fragen 2, 2b und 2c:**

- *War dem Bundesministerium für Inneres (BMI) bekannt, dass die Blue River Retail GmbH Einladungsschreiben für Angehörige des iranischen Regimes ausgestellt hat?*
- *Hat das BMI geprüft, ob die Ausstellung dieser Visa mit nationalen oder internationalen Sanktionen gegen Iran in Einklang steht?*
- *Wurde der Verdacht auf Missbrauch von Visa durch die betroffenen Personen oder durch die einladende Organisation geprüft? Wurden solche Ermittlungen nach Veröffentlichung der Recherche durch den Standard eingeleitet?*

Im Rahmen der Visumbeantragung werden alle Einladungsschreiben bei der zuständigen österreichischen Vertretungsbehörde geprüft. Im Zuge des Konsultationsverfahrens, das für alle Visum-Antragsteller aus dem Iran gilt, werden die Eingeladenen/Visumwerber durch das Bundesministerium für Inneres, die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst und andere Schengenstaaten überprüft. Die Ausstellung von Visa erfolgt ausschließlich an Personen, bei denen eine positive Sicherheitsüberprüfung vorliegt.

Eine Prüfung auf Verdacht von Missbrauch von Visa erfolgt bei der Visumbeantragung. Bei den gegenständlichen Visa-Verfahren gab es keinerlei Hinweise auf Missbrauch. Nach Bekanntwerden der erhobenen Vorwürfe wurde diesen nachgegangen und es wurden

keine Auffälligkeiten oder Umstände vorgefunden, die eine andere Entscheidung bedingt hätten.

**Zu den Fragen 2a und 9:**

- *Wie viele Visa, für die es gemäß § 7 FPG 2005 die Zustimmung des Bundesministers für Inneres braucht, wurden mit Hilfe der Blue River Retail GmbH in den Jahren 2017-2024 erteilt?*
- *Wie viele Visa, für die gemäß § 7 FPG 2005 die Zustimmung des Bundesministers für Inneres erforderlich ist, werden durch die österreichischen Vertretungsbehörden jährlich an iranische Staatsbürger:innen erteilt?*
  - a. *Bitte um Aufschlüsselung nach Art des Visums (§ 20 Abs. 1 Z 1-10 bzw. § 24b FPG 2005) für die Jahre 2017-2024.*

Statistiken zu Einladungsschreiben werden nicht geführt. Für die Jahre 2017 bis 2024 stellen sich, laut Auskunft des für die Führung von Visastatistiken zuständigen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, die Gesamtanzahl der an der Österreichischen Botschaft in Teheran erteilten Visa wie folgt dar:

	Visum A	Visum C	Visum D
2017	0	10.885	915
2018	0	5.487	856
2019	1	4.288	942
2020	0	532	641
2021	1	1.069	1.097
2022	0	3.749	1.944
2023	0	2.136	3.282
2024* *Q1-Q3/2024	1	1.857	2.576

Eine weitere Aufschlüsselung nach Art des Visums (§ 20 Abs. 1 Z 1-10 FPG) liegt nicht vor. Visa, die an der Grenze gemäß § 24 b FPG erteilt werden, werden nicht von den Vertretungsbehörden ausgestellt. Bezüglich der Anzahl der von den Landespolizeidirektionen an iranische Staatsangehörige erteilten Visa darf auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen werden.

**Zur Frage 3:**

- *Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen dem BMI und dem BMEIA bzw. den diesen Ministerien unterstellten Behörden bei der Bewertung von Visa-Anträgen, die potenziell sicherheitsrelevante Personen betreffen, konkret aus?*
  - a. *Werden Nachrichtendienste in die Prüfung solcher Visa-Fälle eingebunden, und wenn ja, in welcher Form?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Alle Visumwerber werden im Zuge der Visumantragstellung einer Sicherheitsüberprüfung durch die Vertretungsbehörden unterzogen. Bestimmte Staatsangehörige können aufgrund erhöhter Sicherheitserfordernisse zusätzlichen Überprüfungen durch das Bundesministerium für Inneres unterzogen werden.

Im Rahmen der Visumbeantragung werden die vorliegenden Datensätze der Visumantragsteller direkt durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten oder das Bundesministerium für Inneres an die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst bzw. andere Schengenstaaten zur Überprüfung übermittelt. Im Übrigen darf auf die Beantwortung zu Frage 1a verwiesen werden.

**Zu den Fragen 4 und 4a:**

- *Welche Schutzmaßnahmen existieren, um sicherzustellen, dass Visa nicht für die Umgehung von Sanktionen oder sicherheitsgefährdende Aktivitäten genutzt werden?*
- *Werden Visa-Anträge für Personen, die mit sanktionierten Regimen oder Organisationen in Verbindung stehen, speziell überprüft?*

Alle Visumwerber werden im Zuge der Visumantragstellung einer Sicherheitsüberprüfung durch die Vertretungsbehörden unterzogen. Für bestimmte Staatsangehörige besteht überdies eine absolute Rückfragepflicht im Bundesministerium für Inneres bzw. der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst und anderen Schengenstaaten. Zudem werden die einschlägigen Listen, welche sowohl die Reisebeschränkungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen als auch der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU enthalten, überprüft.

**Zur Frage 4b:**

- *Wer ist für die Einhaltung des Sanktionenregimes mit Blick auf Visavergabe verantwortlich?*

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

**Zur Frage 5:**

- *Wurden relevante Stellen der EU über die hier beschriebenen Vorfälle informiert?*
  - a. *Wenn ja, welche Stellen?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Im Rahmen der Konsultationspflicht wurden vor Visumerteilung die jeweiligen Schengenstaaten befasst. Die Befassung der Schengenstaaten erfolgt automatisiert durch das Visa-Informationssystem.

**Zur Frage 6:**

- *Ist dem BMI bekannt, ob und in welcher Form die iranische Botschaft in Wien auf die Vergabe von Visa Einfluss nimmt? Werden diesbezüglich Ermittlungen geführt?*

Dem Bundesministerium für Inneres ist keine Einflussnahme durch die iranische Botschaft in Wien bekannt.

**Zur Frage 7:**

- *Welche Schritte plant das BMI, um Missbrauch von Visa-Vergaben in Fällen wie diesem künftig zu verhindern?*
  - a. *Sind rechtliche oder administrative Änderungen in Planung, um den Sicherheitsstandard bei der Visa-Vergabe zu erhöhen?*

Im gegenständlichen Fall gab es keine missbräuchliche Vergabe von Visa. Eine Änderung der Verwaltungspraxis ist daher nicht erforderlich. Es wird auf das bestehende Sicherheitskonzept und einen ständigen Monitoringmechanismus hingewiesen.

**Zur Frage 8:**

- *Wie viele Visa, für die gemäß § 5 Abs. 1 Z 2 FPG 2005 die Landespolizeidirektionen zuständig sind, werden jährlich an iranische Staatsbürger:innen erteilt?*
  - a. *Bitte um Aufschlüsselung nach Art des Visums (§ 20 Abs. 1 Z 1-10 bzw. § 24b FPG 2005) für die Jahre 2017-2024.*

In den Jahren 2017 bis 2024 stellen sich die Zahlen der von den Landespolizeidirektionen an iranische Staatsangehörige erteilte Visa wie folgt dar:

Ausgestellte Visa bei den Landespolizeidirektionen				
Jahr	Visum C		Visum D	
	Inland	Flughäfen	Inland	Flughäfen
2017	5	2	0	0
2018	2	7	0	0
2019	4	13	0	0
2020	3	5	5 <sup>2</sup>	0
2021	13	0	1 <sup>3</sup>	1
2022	15	1	4 <sup>4</sup>	0
2023	4	1	4 <sup>5</sup>	0
2024 <sup>1</sup>	11	2	16 <sup>6</sup>	0

1: Zeitraum 01.01.2024 bis 31.10.2024

2: ein Visum für Saisoniers und vier Visa aus besonderen Gründen

3: ein Visum aus besonderen Gründen

4: ein Visum für Saisoniers und drei Visa aus besonderen Gründen

5: ein Visum für Saisoniers und drei Visa aus besonderen Gründen

6: zwei Visa für Saisoniers und 14 Visa aus besonderen Gründen

#### Zur Frage 10:

- Welche anderen Unternehmen stellen häufige Einladungsschreiben an iranische Staatsbürger:innen im Zusammenhang mit Visa-Vergabeverfahren aus und aus welchen Gründen?

Auf Grund des verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechtes auf Datenschutz (§ 1 Datenschutzgesetz) bzw. auf Grund der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit (Art. 20 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz) muss von einer Beantwortung dieser Frage Abstand genommen werden.

#### Zur Frage 11:

- Welche Rolle spielt das Unternehmen VFS Global im Visavergabeverfahren für iranische Staatsbürger:innen und wie werden deren Aufgaben und Verantwortlichkeiten durch BMEIA, BMI und die den Ministerien unterstellten Behörden überwacht?
  - a. Erfolgt die Visavergabe für iranische Diplomaten:innen über die VFS Global?

- b. *Welche spezifischen Aufgaben übernimmt VFS Global im Zusammenhang mit der Bearbeitung und Prüfung von Visaanträgen aus dem Iran?*
- c. *Gibt es regelmäßige Überprüfungen der Aktivitäten von VFS Global im Hinblick auf die Einhaltung österreichischer und europäischer Sicherheitsstandards?*

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Gerhard Karner

